
Presseinformation Nr. 656

23. Juni 2007

OTTO:
Gemeinsame Verantwortung für das Weltkulturerbe

BERLIN. Zu den Beratungen des Welterbekomitees der UNESCO über die Aberkennung des Welterbestatus für das Dresdener Elbtal im neuseeländischen Christchurch erklärt der FDP-Kulturpolitiker Hans-Joachim OTTO:

Die Mitglieder des UNESCO-Welterbekomitees aber auch die Vertreter des Freistaates Sachsen und der Stadt Dresden tragen bei den Beratungen in Christchurch eine große Verantwortung. Ein Verlust des Welterbetitels wäre nicht nur für Dresden, sondern für die gesamte Bundesrepublik ein großer Schaden. Aber auch der UNESCO, die an dem Dresdener Schlamassel keineswegs unschuldig ist, stünde eine Streichung des Elbtals von der Welterbeliste nicht gut zu Gesicht. Die UNESCO, die sich gegenüber anderen Welterbestätten weit kulanter verhält, täte gut daran, keine voreiligen Entscheidungen zu treffen und über das Warnsignal Rote Liste hinaus vorerst keine Konsequenzen zu ziehen.

Beide Parteien, die UNESCO und die Stadt Dresden, sind aufgerufen, einen Kompromiss zu finden, der es beiden ermöglicht, das Gesicht zu wahren. Gerade von den Brückenbauern, deren Rechtsposition von allen Gerichten gestärkt wurde, ist aus dieser Position der Stärke ein Entgegenkommen zu erwarten. Vollkommen unverständlich und verantwortungslos ist daher das Verhalten von Ministerpräsident Georg Milbradt, der den Verlust des Welterbetitels offen in Kauf nimmt und sogar die Rettungsversuche der Dresdener missbilligt.

Schon jetzt kann und muss man eine Lehre aus dem Streit um die Waldschlösschenbrücke ziehen: Wir brauchen ein nationales Umsetzungsgesetz der UNESCO-Welterbekonvention, welches für alle staatlichen Ebenen die Bindungswirkung der Konvention exakt definiert.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

Ein solches Ausführungsgesetz würde zudem allen Beteiligten verdeutlichen, dass mit der Eintragung eines Ortes in die Welterbeliste der UNESCO nicht nur eine Ehre und Auszeichnung, sondern auch eine besondere Verpflichtung und eine partielle Übertragung der Entscheidungssouveränität verbunden ist.